



Foto: Hon-Kim / unsplash

Der Präsidentin düsteres Ende

Vorerst siegte People Power in Seoul. Südkoreas Präsidentin Park Geun-Hye ist ihres Amtes enthoben worden – nun droht ihr ein Strafprozess.

→ von Rainer Werning

Der letzte Märztag war der schwärzeste Tag im politischen Leben der einst hochambitionierten Park Geun-Hye. An jenem Freitagmorgen wurde die 65-Jährige verhaftet und in ein Gefängnis nahe der Hauptstadt Seoul gebracht. Das Bezirksgericht in Seoul hatte zuvor auf Antrag der Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen die Tochter des früheren Diktators Park Chung-Hee erlassen. Es bestehe die Gefahr, dass Beweismittel vernichtet würden, hiess es zur Begründung. Park droht nun ein Strafprozess u. a. wegen Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft, was ihr eine Haftstrafe von mindestens zehn Jahren eintragen könnte. Die Ermittler werfen der im Dezember 2016 von der Nationalversammlung mit grosser Mehrheit (234 von 300 Stimmen) amtsenthobenen Ex-Präsidentin vor, ihre Stellung und Macht im Interesse ihrer langjährigen Freundin Choi Soon-Sil missbraucht und geheime Dokumente weitergegeben zu haben.

Es ist dies ein grosser Etappensieg all jener Kräfte, die vor genau drei Jahrzehnten die junge Demokratiebewegung in Südkorea initiierten, das Ende einer langjährigen Militärdiktatur herbeiführten und seitdem beharrlich für mehr Bürgerrechte und Freiheiten eintreten. Markenzeichen dieser Massenbewegung waren seit Ende Oktober letzten Jahres regelmässig an Wochenenden durchgeführte friedliche Protestkundgebungen und Grossdemonstrationen mit Kerzenlichtern, an denen sich allein in Seoul weit über eine Million Menschen beteiligten.

Ein solches politisches Desaster hätte sich Frau Park nicht im Traum vorstellen können, als sie am 25. Februar 2013 als erste Frau in der bis dato knallhart von Männern domi-

nierten Politik des Landes ins Blaue Haus einzog, den Amtssitz des südkoreanischen Präsidenten. Vollmundig hatte sie eine Abkehr von der neoliberalen Wirtschaftspolitik ihres Vorgängers, eine Machtminderung der grossen Konzerne, verstärkte Hilfen für die Marginalisierten und «eine neue Ära für unser Land» mitsamt einem wiederbelebten Dialog mit dem Norden, der Demokratischen Volksrepublik Korea, versprochen. Auf diese Weise, so die Ex-Präsidentin, wollte sie auch aus dem langen Schatten ihres Vaters, des Militärdiktators Park Chung-Hee, heraustreten, der das Land von 1961 bis 1979 mit eiserner Faust regiert hatte.

Doch alle hehren Vorsätze erwiesen sich rasch als Schall und Rauch. Stattdessen verschärfte Park Geun-Hye, deren Amtszeit offiziell im Februar 2018 geendet hätte, ihre Repressionen gegen Arbeiter und Gewerkschafter, Lehrer, zivilgesellschaftliche und oppositionelle Kräfte und verfolgte aussenpolitisch einen stramm antikommunistischen Kurs. Sie liess überdies landesweit eine schwarze Liste von mehr als 9 000 Kulturschaffenden und Künstlern anfertigen, von denen die Regierung meinte, sie stünden Park besonders kritisch gegenüber.

Frau Park wird nunmehr als unbeliebtestes Staatsoberhaupt seit Gründung der Republik Korea (Südkorea) im Jahre 1948 in die Geschichte eingehen. Zunächst stand sie auch der Installierung des US-Raketenabwehrsystems THAAD (Terminal High Altitude Area Defense) auf südkoreanischem Boden mit Rücksicht auf den stets bedeutsamer gewordenen Handelspartner im Norden, der Volksrepublik China, skeptisch gegenüber. Weil Nordkorea

jedoch an seinem Nuklear- und Raketenprogramm festhält, steuerte die Präsidentin abrupt einen entgegengesetzten Kurs. THAAD, so hatte sie noch im Dezember vehement betont, sei unabdingbar für die Sicherheit und das Wohlergehen des Landes. Als die USA, die in Südkorea immerhin noch 28 000 GI stationiert haben, schliesslich Anfang März damit begannen, erste Bauteile von THAAD südöstlich der Hauptstadt Seoul zu installieren, regten sich Protest und tiefer Unmut vor Ort sowie seitens Beijings. Die betroffenen Menschen in der Region befürchteten, dass radioaktive Strahlung ihre Lebensqualität verschlechtert, während China diesen Schritt als «Vorwärtsverteidigung» Washingtons wertet und Südkorea mit erweiterten Boykottmassnahmen in Handel und Tourismus droht.

All das bedeutet mit Blick auf die jetzt am 9. Mai angesetzte vorgezogene Präsidentschaftswahl eine Steilvorlage für die Opposition. Mitte März kritisierte der ehemalige Vorsitzende der Demokratischen Partei von Korea (DPK), Moon Jae-In, die Regierung wegen der begonnenen Stationierung von THAAD und erklärte gegenüber Reportern in Seoul: «Ich verstehe nicht, warum die Regierung so überstürzt handelte.» Der Oppositionsführer hat die besten Chancen, die abgehalfterte Präsidentin im Mai zu beerben. Moon ist auch ein erklärter Gegner dieser Stationierung, weil sie das enge politische und wirtschaftliche Verhältnis zu China unnötig trübe und eine Annäherung an Nordkoreas Führung erschwere.

Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit dem Schwerpunkt Südost- und Ostasien.